

cherstellen soll. In jeder Provinz beteiligen sich zwei oder drei Kreise, die als Versuchsplätze für das neuartige genossenschaftliche Gesundheitswesen gelten und als Vorbild dienen sollen.

Die Grundlage dieses neuen, im Aufbau befindlichen Netzwerkes bilden Fonds, in die die Zentralregierung, die jeweilige Lokalregierung und die Bauern selbst einzahlen. Den beteiligten Bauern wird im Krankheitsfall ein Teil der Behandlungskosten erstattet. Gegenwärtig werden die Versuchsplätze vor allem in Mittel- und Westchina eingerichtet. Hier zahlt die Zentralregierung für jeden beteiligten Landbewohner pro Jahr zehn Yuan, und mindestens den gleichen Betrag steuern die Lokalregierungen bei. Das neuartige Netzwerk arbeitet nach dem Solidarprinzip, ist aber – zumindest vorerst – keine Pflichtversicherung. Vielmehr legt die Regierung großen Wert auf das Prinzip der Freiwilligkeit. Zudem achtet sie darauf, dass bei der Einführung des neuen Systems die jeweils örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden und nicht nach einheitlichem Muster verfahren wird. Ein weiterer Grundsatz ist, dass die genossenschaftlichen Gesundheitsfonds gut verwaltet, kontrolliert und verwendet werden, damit die Bauern Vertrauen in das neue System fassen. Ob dieses landesweit eingeführt wird, hängt in erster Linie von der Zuverlässigkeit ab. Korruption, Zweckentfremdung der Mittel und Verschwendung dürfen sich in das neue Netzwerk nicht einschleichen, sonst ist es in gleicher Weise diskreditiert wie die bestehenden Systeme. Deshalb kommt es jetzt vor allem auf eine wirksame Kontrolle der Versuchsplätze an. (Vgl. XNA, 21.11.03; RMRB, 6.12.03) -st-

Außenwirtschaft

18 Schröderbesuch im Zeichen der Wirtschaftskooperation

Der Chinabesuch von Bundeskanzler Schröder im Dezember 2003 stand ganz im Zeichen der bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit, die durch diese „politische Flankierung“ gestützt werden soll. Mehr als 30 deut-

sche Unternehmer und Manager sowie zwei Bundesminister (Bundesjustizministerin Zypries und Bundesverkehrsminister Stolpe), den Kanzleramtschef und einen Staatssekretär umfasste die Delegation, die sich vier Tage in China aufhielt. (HB, 3.12.03)

In Anwesenheit von Bundeskanzler Schröder wurden 11 Abkommen unterzeichnet, davon waren sechs Regierungsabkommen und vier Abkommen über Unternehmenskooperationen. Hierzu zählte beispielsweise die Verlängerung des Kooperationsvertrages bis zum Jahre 2041 zwischen VW und dem chinesischen Joint-Venture-Partner First Automotive Works (FAW), mit dem in Changchun VW- und Audi-Modelle produziert werden. Weiterhin schloss REpower Systems AG zwei Abkommen über die Kooperation beim Bau von Windkraftanlagen ab. Darüber hinaus fand die Unterzeichnung des Abkommens über das Joint Venture zwischen der Bausparkasse Schwäbisch Hall und der China Construction Bank, die Sino-German Bausparkasse, statt. Zu den zwischenstaatlichen Abkommen gehörten eine Vereinbarung über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, über die Zusammenarbeit im Bereich alternativer und regenerativer Energie im Verkehr, über die Fortsetzung der Kooperation im Rechtsbereich, zwei Abkommen im Bereich Schifffahrt sowie ein Abkommen über die Eröffnung von Generalkonsulaten in Chengdu und in Frankfurt. Zwischen den deutschen Sportverbänden und dem Chinesischen Olympischen Komitee wurde ebenfalls eine Vereinbarung abgeschlossen. (NfA, 2.12.03)

Die Wirtschaftsvertreter hatten zwar eine Liste mit Hemmnissen, denen sich deutsche Unternehmen in China gegenüber sehen, mitgenommen (s. dazu auch C.a., 2003/11, Ü 18), doch sprach Ministerpräsident Wen Jiabao die meisten Probleme von sich aus an. Hierzu zählte er insbesondere Defizite in der Rechtslage, die für Gemeinschaftsunternehmen zu einer rechtlichen Unsicherheit führen könnten, sowie die Verletzung von Copyrights und Zertifizierungsaufgaben, die hohe zusätzliche Kosten mit sich brächten. (FAZ, 3.12.03)

Während des Schröderbesuchs in China gab es zur Frage, ob der Transrapid ebenfalls auf der Langstrecke zwischen Shanghai und Beijing zum Zuge kommen könnte, keine klare Antwort. Ministerpräsident Wen Jiabao bezeichnete zwar die Einführung des Transrapids auf der Kurzstrecke in Shanghai als „Symbol der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China“, forderte aber für die Entscheidung des Langstreckeneinsatzes noch mehr Zeit für wissenschaftliche Begleitstudien. Nach Einschätzung von Heinrich von Pierer, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, besteht im Transportsektor sowohl Interesse an der deutschen Rad-Schiene-Technik als auch am Einsatz des Transrapids auf weiteren Strecken.

Bundesverkehrsminister Stolpe verwies nach Gesprächen mit seinem chinesischen Amtskollegen auf den Wunsch der chinesischen Seite, eine strategische Partnerschaft im Eisenbahnsektor einzugehen. Vor allem für die Modernisierung veralteter Eisenbahnstrecken, für den Bau von U- und Regionalbahnen sowie Elektroloks und für deutsche Signaltechnik bestehe ein hohes Kooperationspotenzial. Zur Konkretisierung einer engeren Zusammenarbeit schlug Stolpe der chinesischen Seite die Durchführung von gemeinsamen Workshops unter Beteiligung von Experten aus beiden Ländern in Deutschland im Jahre 2004 vor. (NfA, 3.12.03; HB, 2., 3.12.03)

Der Transrapid hat Ende Dezember 2003 in Shanghai seinen regulären Betrieb aufgenommen, drei Jahre nach der Vertragsunterzeichnung für den Bau des Bahnsystems. Zunächst ist ein Halbtagsbetrieb vorgesehen, und zwar in der Woche nur vormittags und am Wochenende nachmittags. Während des Probetriebs, der Ende letzten Jahres in Anwesenheit von Bundeskanzler Schröder begonnen wurde, benutzten rd. 500.000 Reisende den Schnellzug. (FAZ, 30.12.03)

Neben dem Ausbau des Schienenverkehrsnetzes sind weitere Projekte im Infrastruktursektor für die deutsche Wirtschaft von Interesse. So setzt beispielsweise der Baukonzern Hochtief auf den Bau neuer Flughäfen. Insgesamt wird nach Schätzungen für die nächsten drei Jahre bis 2006 von

einem Investitionsvolumen von 7,9 Mrd. Euro für Projekte ausgegangen, die von Siemens (Telekommunikation, Energietechnik, Eisenbahn und Verkehr), VW (Modernisierung der Produktion in Shanghai und Bau eines neuen Motorenwerkes), Bayer, BASF (Verbundanlage in Nanjing mit einem Investitionsvolumen von 2,9 Mrd. Euro), ThyssenKrupp (zweite Phase des Edelstahlwerks in Shanghai) und Infineon (Aufbau von Unternehmen in Chengdu und Shanghai) geplant sind. (HB, 1., 30.12.03; NfA, 5.12.03)

Während seines Chinabesuchs nahm Bundeskanzler Schröder auch an der offiziellen Eröffnung des deutsch-chinesischen Joint Venture von TUI teil. Die TUI China Travel Co. Ltd. weist eine 51%ige Beteiligung von TUI, einen 25%igen Anteil von China Travel Service und einen 24%igen Anteil von MB China Invest auf. Schröder unterstrich den positiven Effekt des Tourismus, der die Menschen in China und Deutschland zusammenbringe. Aus Sicht von TUI besteht in China ein hohes Geschäftspotenzial. (NfA, 3.12.03) Nach Einschätzung von Martin Buese, zuständig für das China-Geschäft bei TUI, ist China der letzte ganz große Wachstumsmarkt. Er geht davon aus, dass bereits heute rd. 80 Mio. Chinesen finanziell in der Lage sind, für eine zehn- bis zwölf-tägige Reise 1.500-2.000 Euro plus Nebenkosten auszugeben. In den nächsten drei bis fünf Jahren könnte diese Zahl aufgrund der steigenden Kaufkraft sogar auf 200 Mio. Menschen steigen. Europa steht seiner Einschätzung nach jedoch bei der Reiseplanung erst an dritter Stelle nach Reisen im Inland und in die asiatischen Nachbarländer. Mittelfristig geht Buese davon aus, dass 250.000 Reisende jährlich nach Deutschland kommen könnten. Die Zahl der Reisenden aus Deutschland nach China lag im Jahr 2002 bei 40.000 Gästen, war aber wegen SARS im Jahr 2003 eingebrochen. Für das Jahr 2004 erwartet TUI eine Steigerung auf rd. 100.000 Reiseteilnehmer im Chinageschäft. (FAZ, 22.12.03)

Während in der Delegation und in der deutschen Wirtschaft insgesamt Zufriedenheit mit der Chinapolitik des Bundeskanzlers überwog, kam es zu teilweise heftiger Kritik in den deutschen Medien. Dies war vor allem eine Reaktion auf Schröders Position,

sich für die Aufhebung des EU-Waffenembargos stark zu machen, sowie auf seine Erklärung zur Taiwan-Frage (siehe dazu die Übersicht „Beifall und Kritik für Schröders fünfte China-reise“ in diesem Heft). Dass Schröder den Verkauf der Plutoniumanlage in Hanau unterstützte, stieß ebenfalls auf umfassende Kritik des Koalitionspartners und vieler Kommentatoren. Aus Sicht von Grünen-Politikern wie Winfried Hermann entspricht die Position von Schröder nicht mehr der weltweiten Strategie des Atomausstiegs. (HB, 3.12.03) Allerdings steht noch eine genauere Prüfung dieses Exportvorhabens auf der Grundlage der Abmachungen des so genannten Londoner Clubs bevor, die strenge Kontrollen bei der Ausfuhr von nuklearem Material, einschließlich von *dual-use-products*, vorsehen.

Zwar hat China derzeit lediglich drei Atomkraftwerke, doch ist der Ausbau dieses Energiebereichs vorgesehen. Bis zum Dekadenende sollen drei weitere Atomkraftwerke gebaut werden. Die Kapazität soll dann auf 8,7 Mio. Kilowatt erhöht werden. Langfristig bis zum Jahr 2020 sind weitere Atomkraftwerke geplant. (HB, 10.12.03) -schü-

19 CBRC kündigt weitere Zugangserleichterungen für Auslandsbanken an

Anfang Dezember veröffentlichte die Bankaufsichtsbehörde (China Banking Regulatory Commission, CBRC) einen umfangreichen Bericht über die anstehende Liberalisierung des Bankensektors für ausländische Investoren und wies dabei auf bisherige Erfolge hin. Im Folgenden werden einige Auszüge aus diesem Bericht wiedergegeben. (China Banking Regulatory Commission, „A New Milestone in Opening Up China's Banking Sektor“, 1.12.03, unter: <http://www.cbrc.gov.cn>)

Nach Angaben der CBRC hat die außenwirtschaftliche Öffnung des Bankensektors seit der Aufnahme Chinas in die WTO Ende 2001 rasche Fortschritte gemacht. So wurde die geographische Beschränkung für die Niederlassung von Auslandsbanken weiter gelockert, die geographische und kundenbezogene Restriktion bei Devisen-

geschäften von Auslandsbanken abgeschafft und damit begonnen, die geographische Beschränkung bei Bankgeschäften in Inlandswährung schrittweise aufzuheben. Seit dem Jahre 2002 wurden nach Angaben der CBRC 28 Repräsentanzen ausländischer Banken, 12 Niederlassungen und 6 Zweigstellen ausländischer Banken genehmigt. Weiterhin wurde 48 Auslandsbanken die Abwicklung von Geschäften in Inlandswährung genehmigt, sodass die Gesamtzahl inzwischen 84 beträgt. Darüber hinaus dürfen 12 Auslandsbanken Internet-Bankdienstleistungen anbieten und 5 Niederlassungen von Auslandsbanken als Treuhänder bzw. Depotbank für inländische Wertpapiergesellschaften auftreten.

Die CBRC kündigte weitere Schritte zur Öffnung des Bankensektors im Rahmen der WTO-Verpflichtungen an. Hierzu zählen:

- 1) Die Öffnung weiterer vier Städte, und zwar Jinan, Fuzhou, Chengdu und Chongqing, für die Abwicklung von Geschäften in Inlandswährung. Städte, in denen dies bereits erlaubt ist, sind Shanghai, Shenzhen, Tianjin, Dalian, Guangzhou, Zhuhai, Qingdao, Nanjing und Wuhan.
- 2) Die Autorisierung der zugelassenen Auslandsbanken, Dienstleistungen in Inlandswährung für chinesische Unternehmen ab dem 1.12.2003 anzubieten. Bisher durften die Auslandsbanken diese Dienstleistungen nur für Auslandsunternehmen und Ausländer sowie für Personen aus Hongkong und Macau anbieten.

Weiterhin kündigte die CBRC an, dass die Durchführungsbestimmungen für die mit Auslandskapital gegründeten Finanzinstitute überarbeitet werden, um diese an die weitere Öffnung und Entwicklung des Bankensektors anzupassen. U.a. sollen die Kapitalanforderungen an die Auslandsbanken reduziert werden. Auf der Basis des bestehenden sechsstufigen Arrangements soll für die höchste Stufe die Anforderung von 600 Mio. Yuan auf 500 Mio. Yuan und auf der zweiten Ebene von 400 Mio. Yuan auf 300 Mio. Yuan reduziert werden; zudem soll es nur noch fünf Stufen geben. Für lokale Zweigstellen der Aus-

landsbanken sowie für sino-ausländische Banken soll ein dreistufiges Arrangement bei den Kapitalanforderungen das bisherige sechsstufige ersetzen und die Kapitalanforderungen in den Stufen nur noch 100 Mio. Yuan, 200 Mio. Yuan und 300 Mio. Yuan betragen. Weiterhin sollen die Genehmigungsverfahren für den Markteintritt nach der Überarbeitung der Durchführungsbestimmungen vereinfacht werden.

Die CBRC gab außerdem bekannt, dass der Staatsrat die Höhe der Kapitalbeteiligungen ausländischer Finanzinstitute an chinesischen Finanzinstituten ausgeweitet hat. So darf ein einzelner ausländischer Investor nunmehr einen Kapitalanteil von 20% gegenüber zuvor 15% an einem chinesischen Finanzinstitut halten. Insgesamt darf der ausländische Kapitalanteil an chinesischen Finanzinstituten jedoch nicht höher als 25% liegen.

Inzwischen hat der Staatsrat der CBRC zufolge fünf Aktienbanken bzw. *city commercial banks* den Verkauf von Aktienanteilen an ausländische Investoren genehmigt. Hierzu zählt die Bank of Shanghai (BOS), die insgesamt einen Aktienanteil von 18% an die International Financial Corporation (IFC), die Hong Kong and Shanghai Banking Corporation Ltd. und die Hong Kong Shanghai Commercial verkauft hat. Die BOS soll inzwischen bedeutende Fortschritte im Bereich Management und interne Kontrolle gemacht haben und ist die erste *city commercial bank*, die einen Jahresbericht eingeführt hat und umfangreiche Offenlegung von Informationen durchführt. Die Eigenkapitalquote der BOS liegt bei bemerkenswerten 10,6%, der Anteil der uneinbringlichen Kredite beläuft sich auf 3%.

Zwei weitere *city commercial banks* haben eine ähnliche Entwicklung begonnen. Die Shanghai Pudong Development Bank offerierte beispielsweise einen Kapitalanteil von 4,6% an die Citibank und verbesserte mit Hilfe dieser Auslandsbank ihr Kreditkartensystem und ihr Management. Die International Financial Corporation (IFC) hat einen Kapitalanteil von 15% von der Nanjing Commercial Bank übernommen und ist damit der drittgrößte Investor der Bank ge-

worden. Die IFC, ein kommerzieller Arm der Weltbank, bietet technische Unterstützung in den Bereichen Management, Portfolio-Struktur, Buchführungssystem etc.

Auch die Einführung von Kfz-Finanzierungen durch Auslandsbanken wird als wichtiger Reformschritt von der CBRC genannt. Nachdem am 3.10.03 die entsprechenden Bestimmungen (Administrative Rules Governing the Auto Financing Company) erlassen worden waren, erfolgte am 12.11.03 die Veröffentlichung der Durchführungsbestimmungen. Anträge liegen nach Angaben der CBRC von der GMAC-SAIC Automotive Finance Company Ltd., der Volkswagen Financial Services (China) Ltd. und der Toyota Automotive Financial (China) Co. Ltd. vor.

Die Präsenz ausländischer Finanzinstitute in China stellte sich Ende Oktober 2003 wie folgt dar: Es gab 62 ausländische Banken aus 19 Ländern, 191 Zweigstellen und 211 Repräsentanzen. Von den Auslandsbanken waren 84 zur Abwicklung von Geschäften in der Landeswährung RMB zugelassen. Das Volumen der Aktiva der Auslandsbanken belief sich auf 46,6 Mrd. US\$. Dies war ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Jahr 1996 (29,9 Mrd. US\$) und 1998 (34,2 Mrd. US\$). Die von den Auslandsbanken vergebenen Kredite betragen 21,7 Mrd. US\$. Davon waren 16,4 Mrd. US\$ Kredite in Auslandswährungen, ein Anteil von 13% der gesamten Devisenkredite.

In ihrem Kommentar zur weiteren Öffnung des Bankensektors für ausländische Investoren weist die *Financial Times* am 2.12.03 darauf hin, dass dieses Thema eine wichtige Rolle in den Beziehungen zur USA und der EU im Rahmen der WTO-Verpflichtungen spielt. Beide Handelspartner hatten sich mehrfach über die unzureichende Einhaltung der Zusagen Chinas und der hohen Kapitalanforderungen für Auslandsbanken beschwert. -schü-

20 Vereinzelte Fortschritte beim Copyright-Schutz für ausländische Investoren

Obwohl noch vielfältige Probleme beim Schutz von Copyrights bestehen, gibt es auch ausländische Inves-

toren, die positive Erfahrungen machen konnten. Hierzu zählt das japanische Unternehmen Yamaha, das im August 2002 in der nordchinesischen Stadt Tianjin eine Klage wegen Verletzung seiner Copyrights bei Gerichte einbrachte. Yamaha gewann den Prozess und erhielt einen Schadenersatz in Höhe von 900.000 Yuan. Nach Aussage von Masayuki Hosokawa, Generalvertreter von Yamaha in Beijing, hat der positive Ausgang des Verfahrens sein Unternehmen dazu bewogen, weitere Investitionen in China zu tätigen. So gründete Yamaha in Suzhou eine 100%ige Tochter zur Produktion und Entwicklung von Ersatzteilen für Motorräder und baute ein Joint-Venture-Unternehmen in Taizhou (Provinz Jiangsu) zur Herstellung von Motoren auf.

Ein weiterer positiver Effekt, der mit dem größeren Vertrauen in den Schutz von Copyrights kommt, ist die verstärkte Anmeldung von Patenten ausländischer Unternehmen in China. So zählen inzwischen ausländische Patentanmelder zu den zehn wichtigsten in China; der Anteil der Patentanmeldungen durch ausländische Unternehmer beläuft sich auf rd. 20%.

Bei der Verfolgung von Copyright-Verstößen sollen inzwischen die dafür zuständigen Ämter mit den Abteilungen für öffentliche Sicherheit, den Verwaltungen für Industrie und Handel und Abteilungen für die Überwachung von Technologien zusammenarbeiten. Auch regional gibt es Zusammenschlüsse, um Copyright-Verletzungen besser verfolgen zu können. So einigten sich im April 2003 die Ämter für den Schutz von Copyrights von 16 Städten und Provinzen, einschließlich Beijing, Tianjin und Shanghai, auf einen Mechanismus zur Regionen übergreifenden Zusammenarbeit. Im November 2003 trafen sich die Leiter von Ämtern zum Schutz von Copyrights aus 16 Städten, die sich im Yangzi-Delta befinden, um ihr Vorgehen abzustimmen.

Auch auf der lokalen Ebene gibt es Fortschritte zum besseren Schutz von Copyrights. Die zentralchinesische Provinz Hunan beispielsweise veranstaltet regelmäßig Informationsveranstaltungen zum Schutz von Copyrights, veröffentlichte ein Weißbuch zu diesem Thema sowie Berichte über

Fälle, in denen Copyrights verletzt wurden. Die Stadt Tianjin begann im April 2003 mit einem online-Dienstleistungsangebot, um besser bei Streitigkeiten über Patentfragen oder gefälschte Patente aktiv werden zu können.

Um die Zusammenarbeit zwischen Experten aus Hongkong und dem Festland in Fragen des Copyright-Schutzes zu verbessern, wurde Anfang Dezember in Hongkong eine spezielle Arbeitsgruppe gegründet. Die „Guangdong-Hong Kong Expert Group on the Protection of Intellectual Property Rights“ soll vor allem dem Austausch von Informationen und der engeren Zusammenarbeit dienen. (XNA, 3.12.03)

Für das Jahr 2002 zeigen offizielle Statistiken der Ämter für Copyright-Schutz und Patentverwaltung, dass 1.291 Fälle von Patentstreitigkeiten sowie 39.105 Fälle von Verletzungen der Warenzeichen registriert wurden. Die Gesamtzahl der Klagen vor Gericht, in denen es um Copyright-Verletzungen ging, belief sich auf 6.201. (XNA, 8.12.03)

Nicht nur für ausländische Unternehmen stellt die Verletzung von Copyrights ein hohes Risiko dar. Inländische chinesische Unternehmen sind mit diesem Problem ebenfalls konfrontiert und müssen in ihrer Unternehmenspolitik dies berücksichtigen. Ein Beispiel ist das Unternehmen Freshtech Electric Company, das zu den führenden Herstellern energiesparender Kühlschränke zählt. Dem Unternehmen war von anderen Herstellern vorgeworfen worden, Technologien ohne Beachtung von Copyrights zu nutzen und war deshalb in mehrere gerichtliche Streitigkeiten involviert gewesen. Dies hatte die Expansion von Freshtech gebremst, sodass das Unternehmen seine Politik änderte. Es wurde u.a. ein Bonussystem für die Beschäftigten eingeführt, die ihre Innovationen durch Patentanmeldungen schützen sollen. Weiterhin wurde ein Spezialist eingestellt, der vor allem Fragen des Patentrechts im Außenhandel behandelt. (XNA, 21.12.03) -schü-

21 Handelskrieg zwischen USA und China abgewendet?

Die Reise von Ministerpräsident Wen Jiabao in die USA Anfang Dezember stand auch im Zeichen der Abwendung eines drohenden Handelskrieges zwischen beiden Staaten. In den letzten Monaten hatten sich Klagen der US-Industrieverbände gegen Chinas „unfaire Handelspraktiken“ gehäuft, es kam zur Androhung von Sanktionen gegen chinesische Importe, und es wurde ein starker Druck auf die Aufwertung der chinesischen Währung ausgeübt.

Wen Jiabao gab dem Drängen der US-amerikanischen Seite auf Flexibilisierung des Yuan und Aufwertung nicht nach. Bereits im Vorfeld der Reise von Wen Jiabao waren beide Seiten übereingekommen, eine Arbeitsgruppe zur Frage der Flexibilisierung der Währung zu gründen, die im Januar 2004 zusammentreffen soll. Dementsprechend konnte Wen darauf verweisen und auf die langfristige Zielsetzung, den Wechselkurs über Angebot und Nachfrage bestimmen zu lassen. Auch hinsichtlich des chinesischen Handelsüberschusses bot Wen keine tatsächlichen Zugeständnisse an. China verfolge keine Politik des permanenten Überschusses im bilateralen Handel. Er schlug vor, die US-Exporte durch Aufhebung von Restriktionen bei Hightech-Ausfuhren nach China auszuweiten, statt die Importe aus China zu beschneiden. Wen rief weiterhin dazu auf, Handelskonflikte über gegenseitige Konsultationen zu bereinigen und warnte davor, Handelsfragen zu politisieren. (AWSJ, 9.12.03; IHT, 9.12.03)

Um die Situation im bilateralen Handel zu entspannen, reisten im Dezember verschiedene chinesische Delegationen in die USA, um Großeinkäufe zu tätigen. Vor dem Besuch Wens wurden Kaufverträge mit einem Wert von 6,7 Mrd. US\$ unterzeichnet, die u.a. die Lieferung von Boeing-Flugzeugen, Flugzeugmotoren von General Electric sowie von Kfz von General Motors und Ford vorsehen. Im Anschluss an den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten wurden Verträge über den Ankauf von 2,5 Mio. t Sojabohnen mit einem Wert von 1,4 Mrd. US\$ sowie von Maschinen und Elek-

tronik im Wert von 190 Mio. US\$ abgeschlossen. (ST, 20.12.03)

Im Vorfeld des Wen Besuches hatte es auch positive Zeichen von Seiten der USA gegeben. So kündigte Präsident Bush Anfang Dezember an, dass die im März 2002 verhängten Schutzzölle auf Stahlimporte aufgehoben werden. China hatte angekündigt, seinerseits Schutzzölle auf bestimmte US-amerikanische Importe zu verhängen, will dieses Ziel jedoch nicht mehr weiter verfolgen. (AWSJ, 5.12.03; IHT, 5.12.03)

In einer Rede auf der Veranstaltung der American Bankers' Association wies Wen Jiabao darauf hin, dass er nicht in die USA gereist sei, um einen Handelskrieg zu führen. Das Ziel seiner Reise sei vielmehr die engere Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten gewesen. Der bilaterale Handel biete für beide Seite Vorteile, stelle also eine „win-win-Situation“ dar. Wen zählte in seiner Rede auch die erfolgreichen US-Unternehmen auf, die sich in China niedergelassen haben und dort Gewinne machen. (XNA, 8.12.03; SCMP, 10.12.03)

Obwohl Wen Jiabaos Reise zur Entspannung des Handelskonfliktes beigetragen hat, wird wohl auch zukünftig die wachsende Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte zu einem brisanten Thema für die traditionellen Industriezweige in den USA werden. So könnten nach Berechnung des American Textile Manufacturers Institute bei einem Anstieg des chinesischen Marktanteils bei Textilien und Bekleidung auf 75% weitere 630.000 Arbeitsplätze verloren gehen und 1.300 Unternehmen schließen. Seit dem Jahr 2001 hat die Textilindustrie bereits rd. 300.000 Arbeitsplätze verloren, und China wird als der wichtigste Grund für diese Entwicklung genannt. (FT, 6.12.03)

Dass eine Aufwertung der chinesischen Währung diese Entwicklung nicht aufhalten wird, darauf verwies Alan Greenspan, Vorsitzender des US Federal Reserve, Mitte Dezember. Bei einem höheren Wechselkurs und sinkender preislicher Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exporte würden die Importe aus anderen Niedriglohnländern lediglich chinesische Produkte ersetzen. (FT, 12.12.03) -schü-